

| Bildung, kritische Reflexivität und radikale Demokratie

Ausgangspunkt des geplanten Beitrags ist die Kritik an einem verkürzten Bildungsbegriff bzw. an der Ersetzung desselben durch Konzepte wie „Lebenslanges Lernen“, „Lernen des Lernens“ oder Kompetenzentwicklung. Als zentrales Charakteristikum von Bildung gilt das Reflexionsvermögen. Dieses ist nicht auf eine von dem weiten Bildungsbegriff abgekoppelte „Reflexionskompetenz“ zu reduzieren, sondern im aufklärerischen Sinne als notwendige Konstitutionsbedingung für Mündigkeit und Selbstbestimmung zu verstehen.

Auch wenn (Selbst-)Reflexion durch die „reflexive Wende“ in der Erwachsenenbildung seit den 1980er Jahren einen nicht geringen Stellenwert zugeschrieben bekommt, scheint es, als würden die Kompetenzen (auf sich selbst) zu reflektieren und (sich selbst) zu kritisieren immer weniger in Bezug gesetzt zu den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen, in denen wir leben. Das Denken soll nur immer fluid und anpassungsfähiger gemacht, es soll ein „homo competens“ geschaffen werden, der sein Vermögen zu kritischer Reflexivität nur instrumentell und zum bloßen Zweck der Selbsterhaltung in der auf Konkurrenz ausgerichteten Leistungsgesellschaft einzusetzen weiß. Das Denken droht dadurch zu einem bloßen Funktionsteil in der durchökonomisierten Gesellschaft zu verkommen. Eine auf diese verkürzte Reflexivität abhebende Pädagogik würde so gesehen nur auf die zunehmende Ausdifferenzierung der Arbeitsorganisation im Zuge des vermeintlich notwendigen gesellschaftlichen „Evolutionsprozesses“ reagieren und nicht zu wirklicher Selbstbestimmung der Individuen beitragen.

Das Denken soll nun durchaus beweglich sein und sich etwa von unmittelbaren Affekten oder Vorurteilen befreien, es soll zu einer selbständigen Orientierung verhelfen. Doch es darf nicht als bloßes Werkzeug angesehen werden, sich Verfügungs- oder Orientierungswissen anzueignen, um das Leben (besser) bewältigen zu können. Darin erschöpft sich das Denken ebenso wenig, wie praktische Philosophie in „Lebenskunst“ aufgeht. Eine dem weiten Bildungsbegriff entsprechende Wissensver-

mittlung wird deshalb den Versuch darstellen, über das bloße „Verfügen-über“ und „Orientieren-in“ hinaus zu einem *transinstrumentellen* Denken und Handeln zu führen.

Am Beispiel der politischen Willensbildung lässt sich das wie folgt zeigen: Die kompetente Befolgung demokratiethoretisch begründeter Verfahrensregeln, d.h. das auch praktische Wissen um die notwendigen Bedingungen einer funktionierenden Demokratie, ist zu unterscheiden von dem tiefergehenden Interesse daran, *warum* eine lebendige Demokratie eigentlich erstrebenswert ist, *welche Werte* damit verbunden sind und wie vor diesem Hintergrund ein politisches System, das demokratisch verfasst ist, in Zukunft *noch besser gestaltet* werden könnte. Der rein instrumentelle Charakter hinsichtlich der demokratiebezogenen Anwendungsregeln kann also überwunden werden, indem hinterfragt und lebhaft diskutiert wird, was eine demokratisch verfasste Gesellschaft im Kern ausmacht und wie nahe oder fern wir einer solchen sind.